

Pressemitteilung

Ambitionierte Klimaziele mit der Immobilienwirtschaft nur mit den richtigen Methoden

Berlin, 12.05.21 - Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA), Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, sieht mit der Verschärfung des Klimaschutzgesetzes große Herausforderungen auf die Immobilienwirtschaft zukommen. Während das deutsche Klimaziel für 2030 von 55% auf 65% angehoben und ein neues Zwischenziel für 2040 (88%) gesetzlich festgelegt werden soll, soll auch das Zieldatum für Klimaneutralität in Deutschland um fünf Jahre auf 2045 vorgezogen werden. Insbesondere bei letzterem sind aus Sicht des ZIA die technischen und wirtschaftlichen Auswirkungen vorab genau seitens der Bundesregierung zu prüfen.

„Die Immobilienwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bewusst. Die Branche wird vor dem Hintergrund des neuen Klimaschutz-Gesetzes und der Verschärfung der EU-Klimaschutzziele ihre Anstrengungen nochmals intensivieren. Einige Unternehmen haben längst konkrete Pläne für klimaneutrale Bestände vorgelegt“, so Andreas Mattner, Präsident des ZIA.

Der Verband mahnte aber an, die richtigen, technologieoffenen und wirkungsvollen Methoden zum Klimaschutz anzuwenden. „Reine Regulatorik als beliebte, aber unwirksame Standardantwort hilft nicht weiter, im Gegenteil. Wer zum Beispiel mehr Dämmung bei Gewerbeimmobilien fordert wird höhere Kühlkosten ernten. Daher muss die Bundesregierung wieder die „Innovationspartnerschaft“ zwischen Verwaltung und Branche aus der letzten Legislatur aktivieren, das war schon einmal erfolgreich und tut jetzt not“, so Mattner.

Außerdem braucht der der Immobiliensektor bei der Umsetzung Rückdeckung. „Zur Zurechnungen der Emissionen aus dem Verkehrssektor darf es nicht wieder kommen. Wie kann es sein, dass wir am Gebäude regenerative Energien

produzieren, Ladeinfrastruktur ausbauen, somit die Verkehrsemissionen reduzieren und dafür am Ende aber bestraft statt belohnt werden?“ so Mattner.

Es sei nun wichtig, die von Verfassungsgericht vorgesehenen Umsetzungsfrist auch zu nutzen, um eine passgenaue Lösung zu finden. „Es darf nun nicht zu einem Schnellschuss kommen, dafür ist das Thema zu wichtig“, so Mattner. Der ZIA legt zudem darauf wert, dass das Aufkommen aus der CO2 Bepreisung im Gebäudesektor nicht ausschließlich zur Senkung der EEG-Umlage genutzt und somit zweckentfremdet wird. „Der Gebäudesektor muss auch aus diesen Mitteln Unterstützung für dieses ambitionierte Projekt erhalten. Dann können wir auch auf dem erfolgreich eingeschlagenen Weg zügig vorankommen“, so Mattner abschließend.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 28 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

Stefan Weidelich

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 49

E-Mail: Stefan.Weidelich@zia-deutschland.de

Internet: www.zia-deutschland.de